

Dies ist die HTML-Version der Datei http://www.gmei.eu/Antwort_SPD.pdf.
Google erzeugt beim Web-Durchgang automatische HTML-Versionen von Dokumenten.

Antworten der SPD
zum Fragenkatalog des
GMEI – Gender Mainstreaming Experts International
c/o Friedel Schreyögg

Vorbemerkung:

Die SPD stellt sich mit ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl am 22.9.2013. Damit stellen wir uns dem Wettbewerb mit anderen Parteien. Über konkrete Ressortzuschnitte, Aufgabenverteilung, Besetzung von Ministerien, einzelne Schritte des Regierungshandelns usw. wird nicht jetzt entschieden, sondern nach der Wahl, sollte die SPD in Regierungsverantwortung kommen.

1.) Welchen Stellenwert werden Sie der Gleichstellung von Männern und Frauen in Ihrer Regierungsarbeit geben?

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“, so steht es im Grundsatzzprogramm der SPD seit 1989. Gleichstellung von Frauen und Männern hat für die SPD einen hohen Stellenwert. Nur eine gleichgestellte Gesellschaft ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner

den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des Miteinanders. Unser Kanzlerkandidat Peer Steinbrück weiß, dass eine moderne Gleichstellungspolitik die Belange von Frauen und Männern in den Blick nehmen muss. Genau darum hat er gleich viele Frauen und Männer in sein Kompetenzteam berufen.

2.) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem in der Verfassung formulierten Auftrag, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern, in Ihrer Regierungsarbeit systematisch Rechnung zu tragen?

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. Wir brauchen eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unverbunden repariert, sondern sich am Lebensverlauf orientiert. Das Sachverständigengutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hat hierfür wichtige Anregungen gegeben.

Im Gegensatz zu Union und FDP setzen wir auf gesetzliche Regelungen. Vor 12 Jahren, 2001, wurde von der damaligen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft die freiwillige Vereinbarung zur Durchsetzung von mehr Chancengleichheit in der Privatwirtschaft unterzeichnet. Seitdem ist viel zu wenig passiert. Dies beweist einmal mehr:

Seite 1 von 3

Page 2

Freiwilligkeit bringt uns in der Gleichstellungspolitik keinen Schritt weiter. In der laufenden Wahlperiode hat die SPD im Bundestag wichtige Gesetzentwürfe vorgelegt, die leider mit den Stimmen von Union und FDP abgelehnt wurden. Daran muss in der nächsten Wahlperiode angeknüpft werden:

- Entwurf eines Gesetzes zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebotes für Frauen und Männer (Drs. 17/9781)

- Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen (Drs. 17/8878)

Auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 haben wir uns verpflichtet: „... mit einem Aktionsplan „Gleichstellung jetzt“ bis zum Jahr 2020 eine partnerschaftliche und gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen und damit unser Leitbild zur Geschlechtergerechtigkeit gesellschaftliche Realität werden lassen.“

Die SPD im Bundestag hat 2013 einen umfangreichen „Aktionsplan für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern“ vorgelegt

(http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/web_positionen_2_13_gleichstellung.pdf)

Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.

Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.

3.) Wie werden Sie die international anerkannten Strategien des Gender Mainstreaming (durchgängige Gleichstellungsorientierung) und das Gender Budgeting (gleichstellungs- und wirkungsorientierte Haushaltsführung) in Ihrer Regierungs- und parlamentarischen Arbeit nutzen?

„Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein“, so heißt es im SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl.

Die Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion hat sich in dieser Wahlperiode auch dem Thema Gender Budgeting gewidmet. Orientierung bieten Bundesländer, wie beispielsweise Berlin, wo Gender Budgeting bereits erfolgreich umgesetzt wird, oder Bremen. Für die Bundesebene sind noch weitere Überlegungen notwendig. Daher besteht beim Thema Gender Budgeting weiterer Informations- und Beratungsbedarf.

4. Werden Sie institutionelle und organisatorische Strukturen wie Ministerien, Stabstellen, Abteilungen etc. nutzen, ausbauen oder einrichten, um ...?

Hier wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Peer Steinbrück hat auf seiner Rede auf dem SPD-Parteitag am 9.12.2012 in Hannover angekündigt: „... in meinem Kanzleramt [wird] eine Staatsministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern zuständig sein.“

5. Wie werden Sie sicherstellen, dass professionelle Gender-Kompetenz (...) in der Regierungsarbeit genutzt werden?

Wir werden eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen. Hierzu gab es in den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag immer Änderungsanträge der SPD. Darüber hinaus gehende konkrete Überlegungen gibt es derzeit nicht.

6. Wie werden Sie sich gegenüber Agitationen anti-demokratischer Organisationen und Einzelpersonen verhalten, die verfassungsrechtliche Standards wie die Gleichberechtigung und staatliche Gleichstellungspolitik von Männern und Frauen diskreditieren?

Die SPD bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm wie in ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Dies gehört zu unserem Selbstverständnis als SPD und ist Gebot des Grundgesetzes.

Die Berichterstattung in Zeitungen und Zeitschriften unterliegt der Pressefreiheit. Wenn falsche Aussagen getätigt werden, kann ggf. presserechtlich dagegen vorgegangen werden.

Wir als SPD können nur mit überzeugenden Argumenten antworten und uns selber vorbildhaft verhalten. Wo notwendig werden wir intervenieren und Stellung beziehen gegen diese Positionen und unsere feministischen geschlechtergerechten Positionen dem entgegensetzen.

Die antifeministische Männerrechtsbewegung wird, wenn wir in Regierungsverantwortung sein sollten, keinerlei Zugang bekommen. Wir werden dafür sorgen, dass progressive und profeministische Kräfte in der Männerpolitik gestärkt werden.

